

Der Europäische Geldkrieg

Wirtschaftskrieg, Wirtschaftskrise, Währungs-Crash, Spekulations-Cash

Für den Außen- und Militärexperten der Süddeutschen Zeitung, Josef Joffe, war der "Erste Geldkrieg" ausgebrochen: "Zwar wird heute nicht Politik mit Panzerschiffen und Kanonen gemacht, aber der Verlauf des "Ersten Geldkriegs", als Pfund, Lira etc. unter der Wucht der deutschen Mark zusammenbrechen, erinnert fatal an die Zeit nach 1871. Wieder einmal ist Deutschland ein zu großer Brocken im europäischen Gleichgewicht, wieder einmal mehrten sich die Zeichen dessen, was man - übertreibend - 'Neo-Wilhelminismus' nennen könnte" (1.10.92). Auch für andere Medien tobte "die Schlacht um Pfund und Lira", die "heiße Schlacht um das Geld". Im Jargon der Welt-Kriegsberichtersterter übten sich vor allem jene Journalisten, deren Währungen vom Vormarsch der D-Mark am härtesten betroffen wurden. Italien sah sich "im Krieg der D-Mark gegen die Lira": "Die Panzer der Bundesbank zermalmen das Währungssystem". Für Großbritannien erlebte das Pfund sein "Dünkirchen", jener Ort wo 1940 in Frankreich das britische Expeditionskorps vernichtend geschlagen wurde. In der Tat kam es einer Blitzattacke gleich, in der die DM Mitte September vor allem das britische und italienische Währungsgebiet überrollte. Milliarden an Pfund, Billionen an Lire liefen zur Deutsch-Mark über. Gelenkt - so die Meinung vieler Kommentatoren - wurde das "Gemetzeln an den Devisenbörsen" von der Macht am Main, "The Bank that Rules Europe", wie der langjährige Deutschland-Korrespondent der Financial Times, David Marsh, die englische Ausgabe seines Buches über die Bundesbank titelt (David Marsh, Die Bundesbank - Geschäfte mit der Macht, München 1992). Binnen weniger Tage kapitulierten die britische und italienische Notenbank, stellten die Stützungskäufe ein, und scherten aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) aus. Pfund und Lira "aus dem EWS herausgeschossen" meldeten die deutschen Medien und die ARD-Tagesthemen: "Die D-Mark hat sich durchgesetzt"!

Wirtschaftskrieg ...

Das martialische Wortgerassel jener Tage ist so realitätsfern nicht. Seit Jahren tobt der "Krieg der Konzerne" am Weltmarkt und im EG-Bereich. Seit Jahren müssen britische, italienische, ... Konzerne im Konkurrenzkampf gegen das deutsche Kapital Stellungen räumen, Gelände sprich Weltmarktanteile, aufgeben. So vollzog sich in den letzten Jahren genau das wieder, was Lenin die ungleichmäßige Entwicklung kapitalistischer Staaten im Zeitalter des Imperialismus nannte und für ihn die Hauptursache für Wirtschafts- und Schiefkriege war. Neben diesen "alten" Erscheinungen kennzeichnen jedoch auch neue Aspekte die gegenwärtige Situation.

Tatsache ist, daß der britische Kapitalismus, wie auch der US-amerikanische, nach dem Zweiten Weltkrieg und verstärkt im vergangenen Jahrzehnt gegenüber den Weltkriegs II-Verlierern, Deutschland bzw. Japan kontinuierlich an Boden verloren hatten. Dabei hatten britische Regierungen, vor allem unter Thatcher und Major nichts unversucht gelassen, um das britische Kapital fit für den Weltmarkt zu trimmen. Die Modernisierungsoffer gingen in die Millionen, die "Kriegslast" drückte schwer auf das Inselvolk, der Lebensstandard sank an die 18. Stelle unter den 24 OECD-Industrie-Nationen. Deregulierung, Privatisierung, Reallohnkürzung, Entmachtung der Gewerkschaften, Senkung der Unternehmensteuern, Kürzung der Sozialausgaben zur Etat-"Sanierung", ... kein Folterinstrument aus dem Arsenal des Neo-Liberalismus mit seiner Maxime Angebotsorientierung (= Verbesserung der Produktions- und Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals durch die hier aufgezählten Maßnahmen) hatte die "Eiserne Lady" ausgelassen. Es nützte nichts. Zwar gelang teilweise die Inflationsaustreibung, doch auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung. Es ist hier nicht der Platz, um zu untersuchen, weshalb die britische, italienische, französische, ... Wirtschaft gegen die deutsche Kapitalmacht im wesentlichen keine Chance hatten und bei ihrer Aufhol-Jagd von Runde zu Runde immer wieder das "ick bin all door" erleben mußten.



Z. Joffe
Joffe, La Repubblica, 1.10.92
C&N Spz 2018



Sunday Express, London

Es zeugt allerdings von der Ignoranz und Anmaßung des deutschen Bundeskanzlers, wenn Kohl den Briten empfiehlt, erst "ihre Hausaufgaben zu machen". Sie hatten jedenfalls in den letzten Jahren ihre neo-liberalistischen Lektionen besser gepaukt als die Bundesregierung mit ihrer horrenden Schuldenmacherei. Zudem schweigen sich alle politischen und ökonomischen "Angebots"-Orientierer beharrlich darüber aus, welche Folgen es denn hätte, falls die britische, italienische, ... Volkswirtschaft genauso konkurrenzfähig oder gar leistungsfähiger als die deutsche wäre. Der Weltmarkt, um den sich die Industrieländer balgen, würde um kein Jota größer, die globale Kaufkraft nähme um keinen Dollar zu. Aber einige Marktanteile würden dem deutschen Kapital abgejagt, mit der Folge, daß hierzulande einige Firmen mehr Pleite gehen würden. Es beweist auch keinen großen ökonomischen Sachverstand, wenn der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, Großbritannien als den "großen Störenfried" (SZ 22.9.92) ausgemacht hat. Auf den Weltmärkten sieht man es anders. Hier gelten Deutschland und Japan als die "Störenfriede", die mit ihren permanenten Handelsbilanzüberschüssen die Märkte ins Ungleichgewicht brachten und einen Teil ihrer Arbeitslosigkeit auf Kosten der anderen Nationen exportierten; (deren Regierungen sich gemäß kapitalistischer Logik im umgekehrten Fall nicht anders verhalten würden, wie das im Zusammenhang mit dem Währungsdebakel der britische Tory-Abgeordnete Nicholas Ridley in schöner Offenheit sagte: "Warum sollte er (Premierminister Major) verärgert sein, wenn die Deutschen das machen, was er selber tun würde, wenn er Deutscher wäre?").

Italien In Zahlen

	1990	1991
Bruttosozialprodukt (in Milliarden Mark)	1771	1927
Staatsschulden (in Milliarden Mark)	1780	2004
Staatsausgaben (in Milliarden Mark)	887	984
staatliche Neuverschuldung (in Milliarden Mark)	196	206
Anstieg des Bruttosozialproduktes (in Prozent)	2,2	1,4
Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt (in Prozent)	50,1	51,1
Inflationsrate (in Prozent)	6,5	6,4
Arbeitslosigkeit (in Prozent)	11,0	10,9

Zinsen: (Mrd. DM) 194,4

Quellen: DZ u. SZ

Großbritannien: Flaute hält an

Ausgewählte Kennziffern zum britischen Konjunkturverlauf

	1989	1990	1991	1992**	1993**
Reales Bruttoinlandsprodukt*	2,2	1,0	- 2,4	- 0,6	1,8
Inflationsrate*	7,9	9,5	5,8	4,2	4,0
Reale Konsumnachfrage*	3,5	0,8	- 1,8	- 0,2	1,4
Handelsbilanzdefizit (in Milliarden Pfund)	-24,6	-18,6	-10,1	- 9,6	-10,5
Arbeitslosenquote (in Prozent)	6,2	5,9	8,3	9,8	9,7

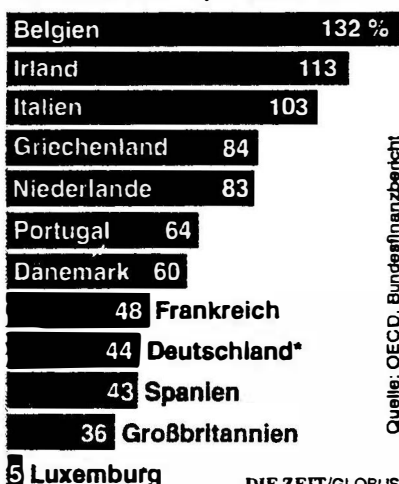
* Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent
 ** Prognose
 Quelle: Crédit Lyonnais Securities. Arbeitslosenquote: OECD

....und Wirtschaftskrise:

Die Süddeutsche Zeitung verspürte einen "Hauch von Depression, der durch die Weltwirtschaft zieht". Dieser war inzwischen zu einem kräftigen Luftzug angeschwollen, an dem sich die meisten Industrieländer ihren konjunkturellen Schnupfen, wenn nicht gar eine handfeste Krisen-Grippe holten. Fast zeitgleich mit der Pleite des realen Sozialismus häuften sich auch in den "führenden Industrieländern" Konkursanzeigen und Krisensymptome, allen voran in den USA und Großbritannien. Und ein Ende der konjunkturellen Talfahrt ist vorerst nicht in Sicht, im Gegenteil: In den USA mehren sich die Anzeichen zu einem sog. double dip, einer erneuten wirtschaftlichen Talfahrt. Und die bisherigen Konjunktur-Lokomotiven Japan und Deutschland geraten seit ein paar Monaten ebenfalls zunehmend aufs abschüssige Gleis. Der alte Krisen-Zyklus des Kapitalismus schlägt nach den boomenden 80ern wieder durch, der Widerspruch zwischen Produktion (bzw. Produktionsmöglichkeit) und Markt (kaufkräftiger Nachfrage) tut sich wieder auf. Wurden früher in solchen Situationen die Märkte durch gigantische staatliche Verschuldungsprogramme (sog. deficit spending, wie z.B. Reagans monströses Totrüst-Programm) wieder auf Trab gebracht, so scheinen diese Möglichkeiten weitgehend ausgereizt, bzw. scheitern an den Verschuldungsgrenzen. Der Boom auf Pump der vergangenen Jahrzehnte schlägt jetzt als gigantischer Schulden-Bumerang zurück, engt den staatlichen Handlungsspielraum enorm ein. Staatsbankrott sind nicht nur die Staaten der Dritten Welt und Osteuropas. Auch in den Industrieländern müssen immer mehr Regierungen ihren Offenbarungseid gegenüber dem internationalen Finanzkapital leisten. Ein Kernproblem der heutigen Weltwirtschaft ist die gigantische Überschuldung der öffentlichen und privaten Hände. Für den Boom auf Pump der vergangenen Jahre wird jetzt die Rechnung präsentiert, in Form immer höherer Schuldendienste. Zinszahlungen und Schuldentilgung vermehren zwar die Schätze der Reichen, verringern aber zusätzlich die kaufkräftige Nachfrage und beschleunigen so das Krisenkarussell.

Die meisten Industrieländer haben sich angesichts der gigantischen Überschuldung der Ideologie des Neoliberalismus und Monetarismus (Vorrang hat die Geldwertstabilität, nötigenfalls auch zu Lasten der Vollbeschäftigung; also kein deficit spending für Beschäftigungsprogramme) verschrieben und versuchen ihre Staatsfinanzen zu sanieren. Es dürfte bei den meisten Ländern zu einem hoffnungslosen Unterfangen geraten und die Krise auf anderer Ebene reproduzieren. Das zeigen schon die Flops dieser Wirtschaftspolitik in Großbritannien und Italien. Die Sanierungsprogramme laufen darauf hinaus, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Denn an Stelle der Defizit-Inflations-Spirale tritt die Krisenspirale

Staatsverschuldung in % des Bruttosozialprodukts 1991

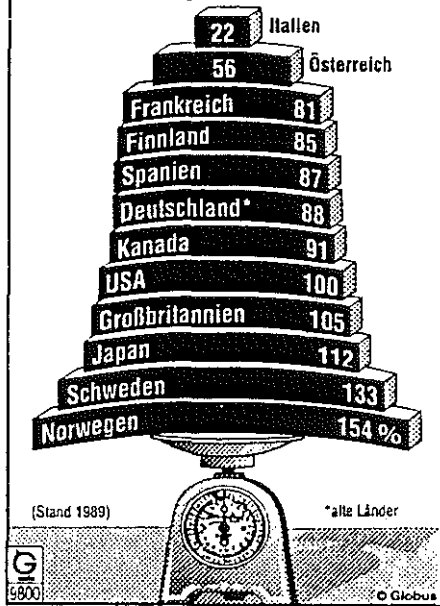


DIE ZEIT/GLOBUS

*alle Länder

Die Last der Schulden

Verschuldung der privaten Haushalte
in % ihres verfügbaren Jahreseinkommens



Haushaltseinsparung - Verminderung der öffentlichen Nachfrage - Verstärkung der Rezession - noch mehr Pleiten und Arbeitslose - Steuerausfall - noch größeres Haushaltsdefizit. Zudem dürfte ein strikter Stabilitätskurs auch sozialpolitisch kaum durchzuhalten sein, auch wenn die herrschende Machtelite glaubt nach dem Scheitern realsozialistischer Alternativen und dem Verkümmern realer Utopien darauf keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. (In den USA betreibt man ohnehin seit Jahren eine Mischung zwischen Neo-Liberalismus und rechts-keynesianischer Defizit-Politik. Doch geht von diesen Haushaltsdefiziten kein Impuls mehr zur Ankurbelung der Wirtschaft aus).

Deutschland: Die Gnade der späteren Krisen-Geburt.

Deutschland hatte sich seit der Vereinnahmung der DDR diametral entgegengesetzt zur "reinen Lehre" des Neo-Liberalismus verhalten. Statt die Staatsfinanzen zu sanieren, blähte die Bundesregierung mit der Anschlußfinanzierung die Staatsschulden vehement auf. "Just jenes Land, das die Verschwender Mores lehren sollte (und es kraft seiner Übermacht auch tat), ist seit der Vereinigung selber zum Schuldenmacher geworden. Bloß mit dem Unterschied, daß die Bundesrepublik - wirtschaftlich die Nummer 1 in Europa und die Nr. 3 in der Welt - ihre fiskalischen Sünden kraft ihrer Dominanz trefflich auf den Rest Europas abwälzen kann" (SZ, 22.9.92). Dem Mächtigen ist eben alles erlaubt!

Das bescherte einen strohfeuerartigen Sonder- oder "Vereinigungs"-Boom, verlängerte die sieben fetten Jahre um zwei weitere, vorrangig zugunsten der Konzerne. Diese konnten ihre Kapitalbasis erweitern, nutzten "die so nie wiederkehrende Chance eines sich von heute auf morgen erweiternden Heimatmarktes" (Siemens-Boß Kaske) und strichen Extra-Profitte ein wie selten davor. Die Steuerzahler hüben und die Belegschaften drüben dagegen hatten voll die Zeche zu zahlen. Die Folgen dieses Defizit gespendeten Booms: Der "säkulare" Trend der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen Deutschland und anderen Industrieländern wurde abrupt verstärkt durch konjunkturelles Auseinanderlaufen der betreffenden Volkswirtschaften. Vom Konjunkturgipfel in Deutschland ging es so steil ins britische oder italienische Krisental. Was Wunder, daß sich das internationale Kapital von den lichten Rendite-Höhen in Deutschland angezogen fühlte wie ein Magnet.

Die Bundesbank setzte mit ihrer rigoros betriebenen **Hochzinspolitik** dem Faß die Krone auf und brachte es zum Überlaufen. Jetzt rentierten sich nicht nur längerfristige Kapitalinvestitionen, sondern auch kurzfristige Geldanlagen. Der Zufluß ausländischen Kapitals schwoll unaufhörlich und rapide an, mit der Folge, daß sich der Abwertungsdruck gegenüber den Währungen aus Ländern mit weniger rentablen Anlagemöglichkeiten verstärkte.

Die Situation glich derjenigen in den USA des Jahres 1982, als Reagan ein gigantisches Tot-Rüst-Programm auflegte, durch Schulden finanzierte und mit der Hochzinspolitik ausländisches Kapital zur Abdeckung der Defizite ins Land lockte. Schwant denn auch der SZ nichts Gutes: "Was derzeit mit der DM passiert, erinnert unangenehm an Ronald Reagans starken und jetzt doch so schwachen Dollar." (28.9.92).

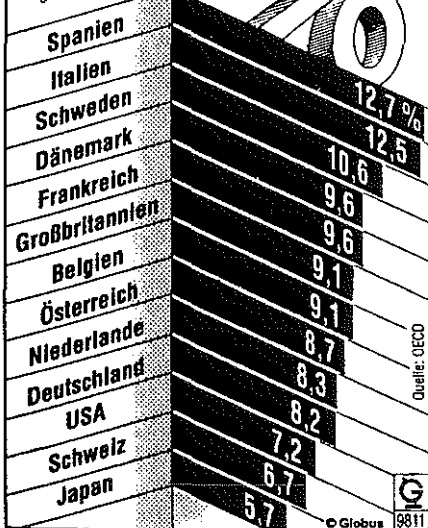
Währungs-Crash ...

Auch diesmal widerspiegelte der Devisenkurs D-Mark - Dollar die realwirtschaftliche Entwicklung. Der Dollar verlor infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Misere in den USA und der vergleichsweise günstigen Situation der deutschen Wirtschaft gegenüber der DM an Boden, wie sich in dem anhaltenden Kursverfall zeigte. Produktive Investitionen in die US-Wirtschaft rentieren sich wegen der Krise kaum. Daran änderten auch die permanenten Senkungen des US-Leitzinssatzes (prime rate) durch die US-Notenbank (Federal Reserve) auf den niedrigsten Stand seit 1963 nichts. In der Rüstung ist auch nicht mehr das große Geschäft zu machen. Und die Anlage als Geldkapital (z.B. als Wertpapiere) war gerade infolge der Niedrigzinspolitik der "Fed" im Ausland, insbesondere in Deutschland, lukrativer. Also tauschten die amerikanischen Geldkapitalisten Dollars in DM und beschleunigten so den Kursverfall des greenback. Insoweit funktionierte der Devisen-Marktmechanismus.

Anders bei Pfund und Lira, die im Rahmen des **Europäischen Währungssystems (EWS)** in ein relativ starres Wechselkursystem mit geringen Schwankungs- oder Bandbreiten (6% bei Pfund, 2,25% bei Lira, jeweils nach oben oder unten) eingebunden sind. (siehe auch isw-report 13 EG - vom Supermarkt zur Supermacht?). Die Kursfindung über den Devisenmarkt ist hier künstlich außer Kraft gesetzt. Währungen, die aus dem Korridor auszubrechen drohen, müssen nach den EWS-Regeln von den Notenbanken gestützt werden. Trotzdem bewegten sich zunehmend Zahlungsströme z.B. von Großbritannien nach Deutschland. Obwohl die ausländischen Notenbanken mit noch höheren Leitzinsen zusätzliche Dämme gegen das abfließende Kapital errichteten. Doch auch das konnte nicht verhindern, daß sich die Zahlungs- und Geldströme in Richtung Deutschland verstärkten. In Deutschland lockte eine höhere Realverzinsung (infoolge - noch - niedrigerer Inflationsrate) und die Aussicht auf Kurssteigerungen am Aktien- bzw. Rentenmarkt. Und dazu das beruhigende Gefühl, sein Geld in einer "stabilen Währung" angelegt, bzw. bei einer Aufwertung noch ein Schnäppchen zu machen. Die Wechselkurse im Rahmen des EWS sind zwar relativ fest, und in den vergangenen 5 Jahren nicht mehr verändert worden. Kursanpassungen (Neufestsetzungen), sog. Realignments, durch Auf- bzw. Abwertungen sind aber möglich, insbesondere bei großen Spannungen im Kursgefüge vorgesehen. Je mehr die Kapitalflucht nach Deutschland zunahm, umso mehr kam der Verdacht auf, daß ein Realignment bevorstehe.

Internationales Zinsgefälle

Durchschnittsverzinsung
öffentlicher Anleihen im
August 1992

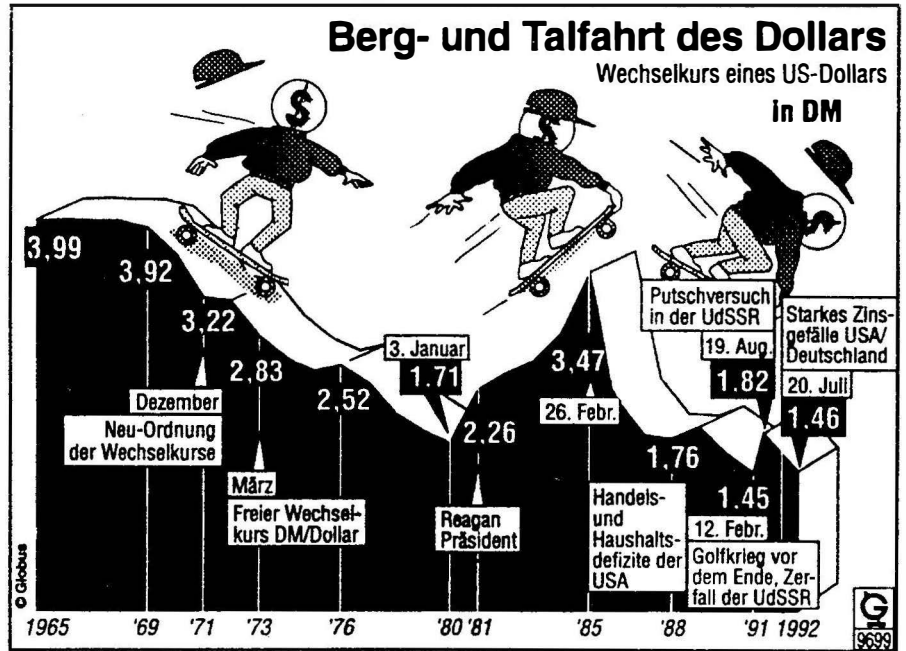
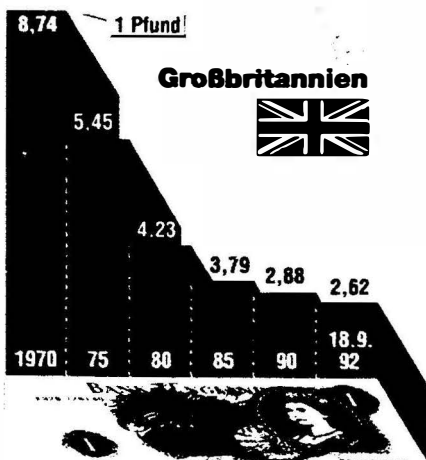
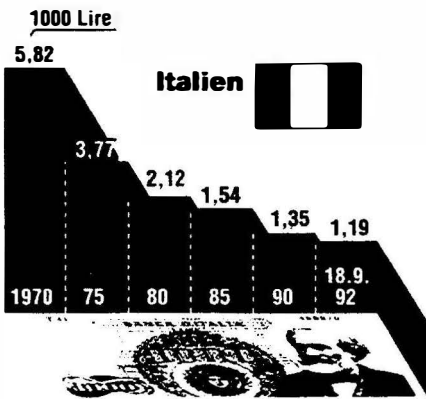
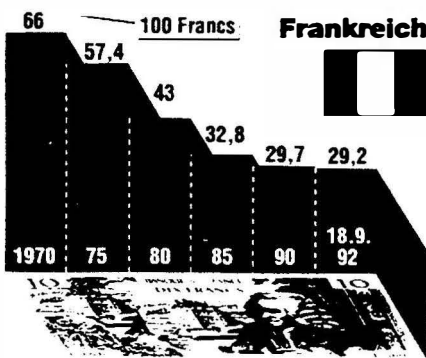


AUS DER KONJUNKTUR-Lokomotive Deutschland ist eine internationale Konjunktur-Bremse geworden. So lautet der Vorwurf zahlreicher Kritiker an die deutsche Wirtschaftspolitik. Der enorme Kapitalbedarf für den Aufbau Ostdeutschlands, aber auch die Hochzinspolitik der Bundesbank seien Ursache für das hohe Zinsniveau auf dem deutschen Kapitalmarkt. Die Folge: Die Nachbarländer stehen vor einem Dilemma; um Kapital in ihre Länder zu locken, müßten sie ebenfalls hohe Zinsen bieten; hohe Zinsen bedeuten aber auch teure Kredite, und die bremsen den Aufschwung. SZ

Die britischen und italienische Notenbank waren freiwillig dazu nicht bereit, versuchten eine Abwertung zu verhindern. Eine Abwertung bringt in mehrfacher Hinsicht Probleme für die betroffenen Währungen: Einmal bedeutet es das Eingeständnis der Schwäche gegenüber der DM und eine schwache Ausgangsposition im Hinblick auf die in Maastricht beschlossenen Aufnahmekriterien zu einer Währungs-Union (siehe isw-report Nr. 13, a.a.O.). Zum Anderen wurde in der Vergangenheit mit Abwertungen die Erfahrung gemacht, daß der Effekt der verbesserten Export-Position - durch Abwertung z.B. des Pfunds verbilligen sich britische Exportgüter - schnell verflogen ist, umgekehrt aber die Inflation durch Verteuerung der Importe Auftrieb erhält. Damit aber würden erst recht die Maastrichter Stabilitätskriterien konterkariert. Zudem wäre es bei einer Abwertung des Pfundes für das deutsche Kapital noch leichter sich in die britischen Wirtschaft einzukaufen: Direktinvestitionen, bzw. Beteiligungen an oder die Übernahme ganzer Firmen würde um den betreffenden Abwertungssatz für DM-Besitzer billiger. (Andererseits ist die deutsche Exportwirtschaft von einer de-facto-Aufwertung gegenüber Pfund und anderen Währungen nicht so stark betroffen, da inzwischen 80 Prozent der Ausfuhren und 55 Prozent der Einfuhren in DM fakturiert werden, was wiederum anschaulich die Stärke der DM demonstriert; vgl. SZ 19./20.9.92).

STÄNDIGER SCHWUND

Devisenkurse an der Frankfurter Börse; Jahresdurchschnitt und letzter Stand; Angaben in Mark



... und Spekulations-Cash

Doch auch Stützungskäufe und verbale Kraftakte der Notenbanken konnten nicht verhindern, daß das Vertrauen in das Pfund weiter sank. Ist aber erst einmal eine Währung ins Gerede gekommen, schlägt die Stunde der Spekulation. Dann schwillt der Währungsabfluß zur spekulativen Sturzflut an, die alle Dämme bricht. Viele Kommentatoren geben die zunehmende Spekulation an den Geld- und Devisenmärkten als das Wesen der Sache aus, wobei sie meist auch noch verschweigen, wer sich hinter der Spekulation verbirgt. Frankreichs Finanzminister Michel Sapin erinnerte während des jüngsten Spekulations- und Abwertungsdruck auf den Franc in seiner Wut daran, daß Spekulanten während der französischen Revolution unter die Guillotine kamen. Sapins Scharfrichter müßten heutzutage die Creme der Weltwirtschaft enthaupten. "Die Zeit" (2.10.92) schreibt über die sog. Tendenzgeschäfte, wie die Devisenspekulation vornehm genannt wird: "Den Ton indes geben die Großen der Finanzwelt an, die Barclays Bank in London, die Citibank in New York und die Deutsche Bank in Frankfurt. Und auch die Industriekonzerne mischen kräftig mit. BASF, Daimler, Allianz - sie alle haben eigens profit-center für Devisengeschäfte geschaffen. Und alle haben sie am Niedergang des Pfund Sterling und der Lira glänzend verdient. Einnahmen aus Devisenspekulation tragen ganz wesentlich zu den Unternehmensgewinnen bei." Tatsache ist auch, daß der Umfang weltweit vagabundierender hot-money-Ströme an Umfang gewaltig zugenommen haben. Diese Gelder sind zum großen Teil das Pendant zu den sich auftürmenden Schuldengebirgen. Denn öffentliche und private Schuldtitel (Obligationen) häufen sich als "liquide Mittel" in den Tresoren der Kreditoren, der Banken, Versicherungen und Konzerne. Allein in der BRD wird der Bestand an diesen flüssigen Mitteln von der Deutschen Bundesbank für 1991 mit mehr als 670 Milliarden DM angegeben, 1980 waren es erst 321 Mrd. DM (Monatsbericht Mai 1991).

Diese schnell mobilisierbaren Gelder lauern rund um den Globus auf die Chance zu Spekulationsgewinnen, an Aktienbörsen, Renten- und Devisenmärkten. Der Umfang solcherart "herumstreunender Devisen" wird auf eine Billion Dollar geschätzt (SZ, 18.9.92). 30.000 Devisenhändler und die internationale elektronische Vernetzung der Börsen, sorgen dafür, daß sich das Spekulations-Karussell rund um die Uhr dreht. Irgendwo auf der Welt hat immer eine Devisenbörse geöffnet. Besteht an den Devisenmärkten bei der Spekulation eine

weitgehend einheitliche Meinung über den Kurverlauf, gibt es für die Notenbanken keine Chance mehr. Die Währungsreserven aller Notenbanken der Welt summieren sich auf eine Billion Dollar. "Das entspricht gerade dem Tagesumsatz am Devisenmarkt", schreibt "Die Zeit." (2.10.92).

So hatte denn auch die "Bank of England" bei der Abwehrschlacht ums Pfund ein Drittel ihrer Währungsreserven von 44 Mrd. Pfund Sterling an einem einzigen Tag nutzlos verpulvert. Italien setzte fast seine gesamten Währungsreserven in den Sand. Und beide Notenbanken mußten in der Nacht vom 16. auf 17. September dann doch das Handtuch werfen und Pfund bzw. Lira aus dem EWS-System herausnehmen. Binnen weniger Tage sank der Kurs der Lira um 24 %. Für das Pfund Sterling notierten die Devisenbörsen DM 2,37, fast 20 Prozent weniger als bei der Kurs-Fixierung beim EWS-Beitritt im Oktober 1990 (DM 2,95). Umgekehrt hat die Bundesbank zur Stützung von Pfund, Lira und Franc in wenigen September-Wochen Devisen im Volumen von 92 Mrd. DM gekauft, wodurch sich ihre Währungsreserven auf 180 Milliarden DM verdoppelten. Ein Teil dieser Gelder sind Kredite an die ausländischen Notenbanken, die diese nach den EWS-Bestimmungen binnen dreieinhalb Wochen zurückzahlen müssen. Da sie dazu wohl kaum in der Lage sind, müssen sie DM- oder ECU-Kredite beantragen, womit ihre DM-Abhängigkeit weiter zunimmt. Italien z.B. hat bereits einen Kredit von 8 Mrd. ECU beantragt, die Hälfte des Gesamtbetrages der nach dem EWS-System für Darlehen zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Großspekulant aber verdienten am europäischen Geldkrieg prächtig. Bilanziert "Die Zeit" (25.9.92): "Die Interventionen der Währungshüter verpufften, und die Gewinne in den Devisenabteilungen der Banken sprudelten. Zweistellige Millionenerträge allein am Mittwoch vergangener Woche waren in vielen Finanzunternehmen die Regel." Insgesamt sind es Milliarden Gewinne. Was die Devisen-Spekulanten als großen Reibach einstreichen, schlägt sich bei den Notenbanken als Milliarden-Verluste nieder. Beistandskredite müssen die Bank of England und die Banca d'Italia in D-Mark tilgen, die für sie jetzt etwa um ein Viertel teurer geworden ist. Und Zinsen kommen noch dazu. Die Währungsreserven der Bundesbank aber sind, soweit sie auf Pfund, Lire oder Peseten lauten entsprechend dem jeweiligen Abwertungssatz weniger wert. Ein weiterer Effekt ist, daß infolge der Stützungskäufe und Stützungskredite die Bundesbank für zig-Milliarden Mark zusätzliches Geld geschöpft und das Inflationspotential weiter aufgeblasen hat. Die 92 Milliarden D-Mark, die zum Kauf der ausländischen Währungen in Umlauf gekommen sind, entsprechen etwa der Hälfte des deutschen Bargeld-Umlaufs. Die Zeche zahlt also auch in diesem "Krieg" der Kleine Mann.

Mark-Macht

Blicke zu untersuchen, inwieweit die Bundesbank selbst diesen Krieg mit angeheizt hat. Die Milliarden an Stützungsgeldern sind jedenfalls kein Gegenbeweis, weil die Bundesbank zu diesen Stützungaktionen nach den EWS-Regeln verpflichtet ist und diese gegenüber dem Franc z.B. viel beherzter und engagierter vorgenommen hat. Fest steht jedenfalls, daß Bundesbankpräsident Schlesinger mit der Äußerung gegenüber dem "Handelsblatt", daß eine oder zwei EWS-Währungen noch vor dem französischen Referendum unter Druck geraten könnten, Pfund und Lira ins Gerede brachte. Für die Finanzmärkte hieß die Botschaft Schlesingers: "Pfund und Lira sofort verkaufen." (vgl. DZ, 25.9.92). Tatsache ist auch, daß die Bundesbank schon seit längerer Zeit für ein Realignement, eine Neufestsetzung der EWS-Leitkurse einsetzte, beim Treffen der EG-Finanzminister und Notenbankchefs Anfang September im englischen Bath mit seiner Forderung aber abgeblitzt war. Kommt noch hinzu, daß die Bundesbank in Bezug auf die nach dem Vertrag von Maastricht bis spätestens 1999 zu schaffende Währungsunion für ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten", der "Konzentrischen Kreise" (der stellvertretende Bundesbank-Präsident und voraussichtliche Schlesinger-Nachfolger Tietmeyer) eintritt. An der Gründungsfeier des gemeinsamen Geld-Clubs sollten danach nur exklusive Hartgeld-Länder als Mitglieder teilnehmen dürfen. So spricht viel dafür, daß das britische Pfund weniger freiwillig vom EWS-Verbund abgesprungen ist, denn von der DM abgesprengt wurde. Für die DM-Imperialisten ist es zudem eine vornehmere Lösung, wenn die britische Währung durch die "Märkte" praktisch schon im Vorfeld aus dem Kandidatenkreis für eine Währungsunion "herausgeschossen" wurde, als wenn die Regierungschefs entsprechend der Maastricht-Prozedur die Eliminierung vollziehen müßten. Beeilte sich denn auch Schlesinger nach dem EWS-Ausscheiden des Pfunds zu betonen, daß ein Wiedereintritt gemäß den Bedingungen der Bundesbank zu erfolgen habe - oder gar nicht. Der Lira schließlich bleibt nichts anderes übrig, als um den Preis der totalen Unterwerfung unter die Mark, um eine Wiederaufnahme ins EWS zu betteln. Im Gegensatz zu England besitzt Italien nicht einmal einen funktionierenden Kapitalmarkt, um sich z.B. Geld für die Abdeckung des gigantischen Staatsdefizits zu beschaffen. Bereits jetzt ist Italien weitgehend zur DM-Kolonie geworden. Das zeigt sich u.a. darin, daß der italienische Staat Anleihen begibt, die auf DM lauten. Anleihen auf Lire-Basis würde er nicht mehr unterbringen, bzw. müßte dafür einen wesentlich höheren Zinssatz gewähren. Der Versuch Großbritanniens, Eingriffsmöglichkeiten auf die geldpolitische Entscheidungssouveränität der Bundesbank zu erhalten wurde abgeschmettert. "Die DM hat sich durchgesetzt". Aus der Vorherrschaft der DM im EWS ist eine Alleinherrschaft geworden. Das EWS, aber auch eine künftige Europäische Währungsunion dürfte zur reinen DM-Zone geraten.



Der Spekulant geht „short“

Politiker mögen die Krise des Europäischen Währungssystems (EWS) bedauern, für Banken und Investoren sind Turbulenzen ein gutes Geschäft.

In London wurde am Mittwoch vorvergangener Woche, als britisches Pfund und italienische Lira aus dem EWS-Verbund ausscherten, überall auf den Ausverkauf des Pfundes spekuliert. Mitgemacht haben nicht nur Banken, sondern auch Finanzabteilungen großer Konzerne. Manager von Pensionsfonds sowie private Großanleger.

Mit Erfolg. „Einen guten Gewinn“ habe sein Institut erzielt, sagt Pete Luxton von der Barclays-Bank-Gruppe. Ein anderer Devisenhändler nannte sogar Zahlen: Allein an diesem Tag habe er für seine Bank fast 30 Millionen Mark verdient.

Die Methode ist simpel. Hält ein Devisenhändler das Pfund für einen Abwertungskandidaten, nimmt er einen kurzfristigen Kredit in britischer Währung auf und verkauft die Pfunde gegen D-Mark zu dem noch gültigen hohen Wechselkurs.

Den Erlös aus diesem Tauschgeschäft legt er in D-Mark-Papieren an. Ist das Pfund dann nach unten gerutscht, tauscht der Händler seine Mark-Papiere wieder in Pfund zurück. Das ergibt ein Plus: Müßte der Banker bis zum schwarzen Mittwoch für 100 Mark rund 36 Pfund zahlen, bekommt er nun für sein Mark-Guthaben etwa 40 Pfund zurück.

Von diesem Kursgewinn muß der Händler die Sollzinsen bezahlen. Die Spekulation geht auf, wenn der Kursgewinn höher ist als die angefallenen Kreditkosten.

Im Börsenchinesisch heißt dieses Prinzip „short gehen“.